



2018/30 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/30/stadt-land-flucht>

Der Trend zur Landflucht wird durch soziale Ungleichheit verstärkt

Stadt, Land, Flucht

Von **Manja Präkels**

Die meisten Menschen können sich nicht aussuchen, wo sie leben. Die Ungleichheit wächst. Auch jene zwischen den Regionen Deutschlands.

Die Großstadt funkelt nachts den Himmel an – sagen die einen. Lichtverschmutzung – sagen die anderen. Recht haben beide. Die Lichter Berlins, Frankfurts, Münchens und Hamburgs spenden all jenen Hoffnung, denen provinzielle Enge, dörfliche Ignoranz oder kleinstädtische Dummheit ein Leben nach eigenem Gusto verwehren. Mit wirtschaftlich verheerenden Folgen hier, lebensbedrohlichem Furor dort. Die großen Städte bieten Schutz, Freiräume, Großzügigkeit. Zugleich erschlagen sie mit Lärm, mit Dreck und Baustellen, mit Tempo und grellem Licht.

Dass sich von der wachsenden Sehnsucht nach Dunkelheit profitieren lässt, beweist die Hundert-Seelen-Gemeinde Gülpe im Havelland. Tagsüber beobachten dort Studenten und Wissenschaftler der Universität Potsdam Vögel. Und auch nachts wendet sich der Blick gen Himmel, denn dies ist der erste deutsche Sternenpark, ein »International Dark Sky Reserve«, »wo Lichtverschmutzung vermindert und nächtliche Dunkelheit als wichtige bildende, kulturelle, landschaftliche und natürliche Ressource erachtet wird«, wie es auf - Wikipedia heißt. Bei der letzten Bundestagswahl gaben neun von 44 teilnehmenden Gülpnern ihre Stimme dem Versicherungsmakler Michael Nehls von der AfD. Der wäre gern Fallschirmjäger bei der NVA geworden, leugnet den Klimawandel und fordert schlicht: »Deutschland den Deutschen«.

Die Biegsamen, Flexiblen, sich selbst Optimierenden und jene, die arbeiten wie moderne Sklaven, begegnen einander auf den Autobahnen. Sonst nicht.

Das Leben auf dem Land ist beschwerlich, die Wege sind weit. Fernab der Digitalisierung der Welt klaffen großen Löcher in Straßen und Funknetzen. Frauen, junge Leute, Gebildete fliehen in die Städte. Aber die Luft ist klar, die Mieten sind niedrig, die Nächte still. Seit ein paar Jahren verstärkt sich der Gegentrend zur Landflucht, treiben Mietensteigerungen, Sehnsucht nach Übersicht und Ruhe wieder mehr Menschen aus Berlin, München oder Hamburg hinaus auf das Land. Sie retten Höfe und Parks, schaffen Kulturorte. In

entlegeneren Gegenden schürte auch die Ankunft schutzsuchender Geflüchteter Hoffnungen – auf das Überleben von Schulen, Kindergärten, Sportvereinen, Kleinbetrieben. Auf die Zukunft. Im Brandenburgischen Heinersdorf, unweit der polnischen Grenze, sind von den zeitweilig 180 Asylsuchenden immerhin sechs Familien geblieben. Doch den aus Albanien und Afghanistan kommenden neuen Dorfbewohnern droht die Abschiebung. Im reicheren Süden Deutschlands, bei Vollbeschäftigung und Lehrlingsmangel, verbündeten sich zuletzt auch Unternehmer mit Flüchtlingsinitiativen. So bekannte kürzlich Georg Mandl, der Besitzer der Bäckerei »Edelmühle« im grenznahen Passau, in der ARD-Sendung Monitor: »Wir haben ja gehofft, dass wir dann unseren Mangel an Lehrlingen oder an Mitarbeitern dadurch verbessern können.« Aber es kommt niemand mehr.

In den Metropolen dagegen wird es enger. Mit immer neuen Vorstädten wuchern sie ins sogenannte Umland hinein. So entstehen Pufferzonen zwischen Stadt und Land, Transitbereiche zwischen Kulturlandschaften und Metropolenkultur. Und dann sind da noch die Pendler aus den Randzonen der Republik, die mehr Zeit auf Autobahnen und in schlecht beheizten Monteurszimmern verbringen als mit ihren Kindern. Ganz zu schweigen von den Kolonnen polnischer Erntehelfer und Pflegekräfte, den Hilfsbauarbeitern aus dem Süden und Osten Europas, die illegal auf den Betonfußböden der Baustellen nächtigen.

Verschärfte Verhältnisse

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Jedoch wohnen fast 70 Prozent aller Deutschen in Orten, die weniger als 100 000 Einwohner haben. Städtische Ballungsräume finden sich eher im Westen als im Osten. Nach Zahlen des Bundesinstituts für Raumforschung verloren Landkreise in dünn besiedelten Gebieten zwischen 2010 und 2015 bis zu einem Fünftel ihrer Einwohner; ein Ende dieses Trends sei nicht absehbar.

Beide Phänomene, die Stadt- wie die Landflucht, Gentrifizierung und Mietsteigerungen auf der einen, strukturschwache Gegenden mit schwindenden Perspektiven bei rasant steigenden Bodenpreisen auf der anderen Seite bedingen und ergänzen einander. Die Biegsamen, Flexiblen, sich selbst Optimierenden und jene, die arbeiten wie moderne Sklaven, begegnen einander auf den Autobahnen. Sonst nicht. Geradezu kontrafaktisch wirkt da ein aktuelles Grundsatzpapier der CSU: »Wir leben mehr als jede andere Nation von unserem ländlichen Raum – von den lebendigen Dorfgemeinschaften, von - lebenswerten Kommunen und Gemeinden und einem innovativen Mittelstand mit zahlreichen Weltmarktführern in der Fläche.« Auf dem Land entstünde Zusammenhalt, würden Brauchtum und Traditionen bewahrt, dort schlage »das kulturelle Herz Deutschlands«.

Die Zahl der von gesellschaftlicher Solidarität abhängigen Menschen in Armut wächst. Sie haben andere Sorgen, egal wo sie wohnen. Ein Dach über dem Kopf, eine warme Mahlzeit, das fehlende Geld für die nächste Klassenfahrt. Im Zehnjahresvergleich der letzten Armutsberichte des Paritätischen Gesamtverbandes nähern sich Stadt und Land, Ost und West – mit den Ausnahmen Hamburg und Bayern – negativ an. Als »armutspolitische Problemregionen« auf lange Sicht werden auch das Ruhrgebiet und Berlin benannt. Als

»völliger Ausreißer« in dieser Statistik gilt der Anstieg der Armutsquote bei Rentnern um 49 Prozent. Der Anteil der Kinder, die von Hartz IV leben, beträgt in Nordrhein-Westfalen mittlerweile 18,1 Prozent. Den Fachbegriff »Krise der politischen Repräsentation«, der sich auf die extrem niedrige Wahlbeteiligung von Armen bezieht, und die Warnung vor einer Zementierung der Verhältnisse enthält der Bericht jedoch nicht mehr. Sie wurden auf Anweisung des Bundeskanzleramtes entfernt.

Wachsende Ungleichheit

Auch der Bildungsbericht 2018 bestätigt: Die Spaltung hat sich vertieft. Fast jeder zehnte Jugendliche der Klassenstufe neun verfehlt den Mindeststandard beim Lesen. Parallel stieg der Anteil der Abiturienten auf 43 Prozent. Das weitere Absinken des Niveaus bei Grundschülern mag kaum verwundern. Allein in Ostdeutschland ist jeder zweite Lehrer älter als 50 Jahre, in Mecklenburg-Vorpommern fehlen über 900 Lehrer, bundesweit sind 2 000 Stellen nicht besetzt. Bis 2025, so die Prognose, werden es 35 000 sein.

Quereinsteiger müssen schon jetzt helfen, um den Unterricht in manchen Fächern und Gegenden überhaupt aufrecht erhalten zu können. Brandenburg hat die Ausbildung von Kunstlehrern inzwischen ganz aufgegeben, und in den ländlichen und kleinstädtischen - Sozialräumen gibt es vielerorts »nicht mehr ausreichend wohnortnahe Bildungsangebote«. Gemeint sind neben Schulen auch Clubs, soziale Einrichtungen, öffentliche Orte, die über die Vermittlung von Wissen hinaus als Übungsräume der Zivilgesellschaft für das Aushalten und Austragen von Konflikten fehlen.

Die Infrastruktur ist kaputtgespart worden. Die großstädtischen Feinstaubdebatten sind hier sehr weit weg. Wer auf dem Land lebt, braucht ein Auto, wer keines hat, hat Pech. Auch deshalb sind chronisch Kranke und ältere Menschen besonders hart vom Ärztemangel betroffen. Fahrende Händler beleben einmal wöchentlich verwaiste Dorfplätze, rollende Bibliotheksbusse und in Turnhallen improvisierte Kinos entstehen aus Eigeninitiative, während Zukunftsforscher noch von »Mobile Health«, »Smart Cities« und »Smart Countries« fabulieren.

Mit der Ungleichheit wächst die Dummheit. Wächst die Angst. Die Enthemmtheit nimmt überall zu, ob in der totalüberwachten Berliner Mitte oder im Schatten des Erzgebirges. - Welchen Einfluss werden neu Zuziehende darauf nehmen können und wollen? Oder werden die Einwanderer nach den Gesetzen der Stammesgesellschaft auch in Zukunft bestenfalls als Gäste geduldet? Viele Chancen sind in den vergangenen Jahren vertan worden. Schlimmer noch. Dadurch, dass einst Willkommene »weiterverteilt«, entwürdigt, als politische Verfügungsmasse benutzt und abgeschoben wurden, ist solidarisches - Miteinander von Nachbarn, Mitschülern und Arbeitskollegen sabotiert und zerstört worden.

Die Studie »Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern« beschreibt die verheerenden Folgen der neoliberalen Ideologie, welche nachhaltiges Wirtschaften verhindere. Nach dem Motto »Gleiche Chancen für ungleiche Kommunen« erinnere die stets mit Auflagen verbundene bayerische Strukturpolitik an die Griechenland-Strategie der Bundesregierung. »Den Staat in die Pflicht zu nehmen, anstatt weiter auf Privatisierung

und Deregulierung zu setzen, zugleich jedoch nach innovativen und flexiblen Lösungen zu suchen, statt starre Strukturen auszubilden – das wäre ein neuer Ansatz in der Landesentwicklungsplanung«, bilanziert die Studie.

Bis solche Überlegungen eines Tages vielleicht doch noch gehört werden, öffnet das Gülper »Gasthaus zur Havel« nur noch auf Zuruf. Es wird um Anmeldung gebeten, zwei Tage Frist. Aber am Abend des 27. Juli, wenn die Mitternachtsdämmerung endet, sind Gäste garantiert. Es lockt die längste Mondfinsternis des Jahrhunderts. Bei günstigem Wetter lässt sie sich auch vom Tempelhofer Feld in Berlin beobachten. Doch die meisten werden wohl auf Displays starren, während das Licht draußen schwindet.